

um eigentlich solle ein Präsident abgelöst werden, fragte Genscher, der seine Sache gut mache und — gäbe es statt der im Grundgesetz vorgeschriebenen indirekten eine direkte Wahl — sich der Mehrheit des Volkes sicher sein könnte.

Der armenische Marokkaner hätte auch etwas davon: Ihm bliebe ein von den Amtspflichten entbundener Scheel erspart, der sich hinter seinem Rücken wieder aktiv in die FDP-Politik einschalten würde.

## SPD-FRAKTION

### Dicker Hund

**Einige linke SPD-Abgeordnete scheinen entschlossen, die neuen Antiterror-Gesetze abzulehnen. Stellt Kanzler Schmidt die Vertrauensfrage?**

Kaum hatte SPD-Fraktionschef Herbert Wehner seinen Vorstandsgenossen mitgeteilt, die parlamentarische Abstimmung über die Antiterror-Gesetze müsse aus Rücksicht auf noch schwankende linke Kollegen um einen Monat verschoben werden, meldete sich Deutschland-Minister Egon Franke erregt zu Wort.

Nicht länger, wettete der Anführer der mächtigen Kanalarbeiterriege, dürfe sich „die Mehrheit durch eine Minderheit zur Handlungsunfähigkeit zwingen lassen“. Und dann drohte er: „Eines Tages sehe ich mich nicht mehr gebunden, taugliche Gesetze der CDU/CSU abzulehnen.“

Den Zorn des sonst eher schweigsamen Niedersachsen hatte einmal mehr der hessische Abgeordnete Manfred Coppik erregt — mit seiner Ankündigung, er und einige Kollegen könnten dem neuen Gesetzesbündel zur Terrorismus-Bekämpfung in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Da auch die Opposition in der vergangenen Woche ihr striktes Nein zu den ihr viel zu milden Vorschlägen bekanntgegeben hat, könnte Kanzler Helmut Schmidt erstmals mit einer eigenen Gesetzesvorlage scheitern.

Nur wenn in zwei wesentlichen Punkten — beim Verteidiger-Ausschluß und bei den Gebäuderazzien — noch liberale Kompromisse erreicht werden, wollen Coppik und ein harter Kern von zehn Fraktionslinken die Sonderparagrafen akzeptieren. SPD-MdB Klaus Thüsing, der mit Coppik, Dieter Lattmann und Karl-Heinz Hansen schon gegen das umstrittene Kontaktsperre-Gesetz stimmte, will den „Scheibchenweise-Abbau liberaler Freiheitsrechte“ mit aller Macht verhindern: „Da gibt es für Sozialdemokraten Minimalpositionen, hinter die wir nicht zurück dürfen.“

Dabei hatten die Rechtsexperten der Fraktion geglaubt, das Gesetzespaket für die kritische Linke längst zustim-



**Terroristen-Fahndung (in Berlin): „An irgendeiner Stelle muß man halt sagen“**

mungsfähig gemacht zu haben. So sollten unverdächtige Bürger, die in eine Identitätskontrolle geraten und sich nicht ausweisen können, ursprünglich bis zu 48 Stunden festgehalten werden können, ohne ein Familienmitglied benachrichtigen zu dürfen. Mit ihrem Einspruch erreichten Coppik & Co., daß die Frist auf zwölf Stunden schrumpfte und die Festgenommenen Kontakt zu ihren Angehörigen aufnehmen können.

Auch wurde — im Zusammenhang mit Razzien — der schwammige Begriff Gebäude-„Komplex“ wieder entfernt. Nun dürfen Wohnungen unbescholtener Bürger nur durchsucht werden, „wenn diese sich in einem Gebäude befinden“, in dem sich vermutlich ein Terrorist versteckt hält. Nun soll es auch nicht mehr möglich sein, mit einem Durchsuchungsbefehl die Razzia auf ganze Häuserblocks auszudehnen.

Doch die Fraktionslinken sind damit noch nicht zufrieden. Hausdurchsuchungen sollen nach ihrem Willen nur bei Mord, räuberischer Erpressung oder Geiselnahme, nicht aber schon bei der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung möglich sein.

Als „dicksten Hund“ (Karl-Heinz Hansen) schließlich bezeichnen die SPD-Widerständler den Ausschluß von Verteidigern bei *einfachem* Verdacht. Erst 1974 hatte der Bundestag einen Paragraphen 138 a verabschiedet, nach dem ein der Konspiration *dringend* verdächtiger Terroristen-Anwalt aus dem Verfahren ausgeschlossen werden muß. Und seither, so steht es sogar in der Begründung des neuen Gesetzes, „ist kein Fall bekanntgeworden, in dem die Höhe der Verdachtsgrade des gelten-

den Rechts zur Ablehnung eines Ausschließungsantrags geführt hätte“.

Justizminister Hans-Jochen Vogel tat sich denn auch schwer, den kritischen Genossen plausibel zu machen, warum er die neuerliche Novellierung gleichwohl für notwendig halte. Hansen: „Es kam nichts als Luft.“

Doch die Chancen für weitere Kompromisse sind gering. „Alles, was ich bisher an Argumenten kenne“, sagt Vogel, „schlägt bei mir nicht durch.“

Mit dieser Einstellung weiß er sich in bestem Einvernehmen mit Helmut Schmidt, der „den Feldvorteil durch Mogadischu“ (ein Kanzlerberater) nicht durch Nachgiebigkeit gegenüber seinen Linken gefährden will. Vogel: „Die Bevölkerung erwartet, daß wir unser Möglichstes tun.“

Inzwischen drohen die Abweichler sogar bei ihren Gesinnungsfreunden ins Abseits zu geraten. Bei einem Treffen des Leverkusener Kreises in der vergangenen Woche schimpfte MdB Wolfgang Roth, die Gewissenstäter badeten sich „im Wohlwollen der Jusos, während wir uns für unser Stimmverhalten immer wieder rechtfertigen müssen“. Coppik ungerührt: „An irgendeiner Stelle muß man halt sagen.“

Diesmal freilich steht mehr auf dem Spiel als beim Kontaktsperre-Gesetz. Damals half die Union der Regierung gegen die Abweichler (vier Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen) über die Hürden. Im Februar würden fünf Nein-Stimmen oder zehn Enthaltungen Schmidts Niederlage besiegeln.

Für den Fall, daß eine geplante Probeabstimmung in der Fraktion schief-

läuft, hat Wehner-Vize Horst Ehmke schon einen Notstandsplan entworfen. Dann soll Helmut Schmidt die Verabschiedung der Antiterror-Gesetze mit der Vertrauensfrage verknüpfen.

Das würde, so Ehmkes Kalkül, den potentiellen Nein-Sagern, die stets beteuern, keinen Regierungsturz zu wollen, die Zustimmung erleichtern.

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### Flexis Flickflack

**Koalition und Kabinett in Düsseldorf sind über die Affäre Poullain ins Wanken geraten — Ministerpräsident Kühn amtiert nur noch auf Zeit und Abruf.**

Mit einem Lied auf den Lippen verließ Nordrhein-Westfalens Justizminister Diether Posser den Fraktionsaal der SPD im Düsseldorfer Landtag: „So ein Tag, so wunderschön wie heute.“ Prominente Genossen umarmten sich, und Ministerpräsident Heinz Kühn ging glücklich von Mann zu Mann: „Ich bin sehr froh.“

Das war mittags, am Dienstag letzter Woche. Abends war es doch noch ein schwarzer Tag geworden: Der Regierungschef war in Bedrängnis geraten, das sozialliberale Kabinett seiner bislang schwersten Zerreißprobe ausgesetzt, und ernstlich gefährdet schien der „Flankenschutz“ (Kühn), den das NRW-Bündnis der Bonner Koalition bisher stets geboten hatte: „In Düsseldorf“, mutmaßte Kühn, „soll fallen, was in Düsseldorf entstand: die Bonner Koalition.“

Frühe Freude und jähen Zwist zwischen SPD und FDP hatte der sozialdemokratische Finanzminister Friedrich Halstenberg ausgelöst, der nach verwirrenden Winkelzügen letzte Woche zurücktrat — bislang einziges politisches Opfer der Affäre um den Bankier Ludwig Poullain, der bis Dezember Chef der vom Land mitgetragenen und kontrollierten Westdeutschen Landesbank war.

Zwar war es Halstenberg im Verein mit dem Düsseldorfer FDP-Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer noch gelungen, im Verwaltungsrat der Landesbank (West-LB) die fristlose Kündigung des Bankiers durchzusetzen und damit den Fortfall einer beim Rücktritt im Dezember mit Poullain vereinbarten Millionen-Abfindung zu erreichen.

Aber wie die CDU-Opposition forderte auch die FDP-Landtagsfraktion gleichwohl den Rücktritt des Finanzministers: Er habe im Fall Poullain „alles falsch gemacht, was falsch zu machen war“. Halstenberg kam gekränkt um seine Entlassung ein, die ihm Regierungschef Kühn („Fritz, ich brauche

dich“) zuvor schon zweimal ausgedrückt hatte.

Diesmal aber, am Dienstagvormittag letzter Woche, akzeptierte Kühn, offenbar zur Überraschung Halstenbergs, dessen Rücktrittsangebot — und reizte damit prompt seine Landtagsfraktion: Den Parlamentariern mißfiel, daß der Genosse Minister dem kleinen Koalitionspartner zuliebe „geopfert“ werden sollte; sie erklärten ihm einmütig das Vertrauen. Halstenberg, wegen seiner Beweglichkeit gern „Flexi“ genannt, trat umgehend von seinem Rücktritt zurück. Mit bebender Stimme feierte Parteigeschäftsführer Lothar Hentschel den Sieg der Solidarität: „Wir lassen keinen fallen.“

Bei den Freidemokraten indes provozierte Flexis politischer Flickflack Empörung: Die Liberalen beharrten nun erst recht auf Halstenbergs Rück-



NRW-Landespolitiker Rau, Kühn: Speere auf den Stafettenträger

tritt und drohten ungeniert, Kühn zu stürzen — was Halstenberg am Abend desselben Tages schließlich erneut und endgültig zurücktreten ließ. „Die Koalitionskrise, die keine war“, verkündete Kühn, „ist beendet.“

In Düsseldorf vollziehe sich, so formulierte anderntags freilich die CDU-gewogene „Rheinische Post“, „die Tragödie einer abgewirtschafteten Regierung, das Trauerspiel eines von allen guten Geistern verlassenen Ministerpräsidenten und die dumpfe Krise einer Koalition, in der das Mißtrauen stärker ist als gemeinsame Zielvorstellungen“.

Das war so weit nicht gefehlt. Denn die FDP verübelte dem SPD-Finanzminister vor allem, daß er Riemer — wie Halstenberg Mitglied des Verwaltungsrats und zuständig für die Dienstaufsicht — nicht über das Ermittlungsverfahren gegen Poullain unterrichtet hatte.

Als der Bankchef am 2. Dezember auf fünf Jahre wiedergewählt wurde, hatten Riemer und FDP-Innenminister Burkhard Hirsch, aber auch die SPD-Minister Diether Deneke und Inge Donnepp — alle Mitglieder des Wahlgremiums — noch keine Ahnung vom Verdacht der passiven Bestechung und — damals noch — der Untreue gegen Poullain, während Halstenberg seit Anfang Oktober Bescheid wußte. Erst am 6. und am 13. Dezember wurde das Kabinett von SPD-Justizminister Diether Posser aufgeklärt, das Parlament erst im Januar.

Dabei war Posser noch viel früher, nämlich im Juli, von der Staatsanwaltschaft unterrichtet worden, daß eine Honorarquittung über eine Million Mark — aus einem verheimlichten Beratervertrag — gefunden worden und gegen den Bankier Poullain ein Ermitt-

lungsverfahren anhängig sei. Und Posser wiederum hatte dieses Wissen Kühn im November „beiläufig“, „als Erinnerungsposten“, mitgeteilt, um Diskretion gebeten und hinzugefügt: „Das kannst du gleich wieder vergessen, Heinz.“

Die Freien Demokraten waren zwar geneigt, über die Zurückhaltung Posser („Es ging um den guten Ruf eines Mannes“) und über Kühns angebliche Vergeßlichkeit ohne lauten Tadel hinwegzusehen, nicht aber über das Schweigen Halstenbergs. Der FDP-Spitze in Düsseldorf kam es zudem darauf an, der SPD allerlei hemdsärmelige Praktiken bei der Kabinetts- und Parlamentsarbeit heimzuzahlen und sich in Gespräche über eine vorzeitige Ablösung von Ministerpräsident Kühn einzuschalten — ein Thema, bei dem die Sozialdemokraten die Liberalen kaum nach ihrer Meinung gefragt hatten, obwohl der Koalitionsvertrag auf die Per-